

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2450/2020**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 08.09.2020

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Sandra Weegels, AfD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Entscheidung

Betreff:

**Resolution gegen erhobene pauschale Vorwürfe gegenüber der Hessischen Polizei
- Antrag der AfD-Fraktion vom 23.08.2020 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung Gießen verurteilt die in den letzten Wochen gegen die hessische Polizei erhobenen pauschalen Vorwürfe, sie sei ‚staatsfeindlich‘ eingestellt, habe ‚rechtsextreme Strukturen‘ und agiere ‚rassistisch‘, und weist diese Vorwürfe entschieden zurück.“

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich ausdrücklich solidarisch mit den Polizeibeamten/Innen in Hessen und besonders mit jenen des Polizeipräsidiums Mittelhessen.“

Begründung:

Insbesondere im Zusammenhang mit den aus den USA übermittelten Bildern von „Black Lives Matter“ häuften sich auch in Deutschland plötzlich Vorwürfe gegen unsere Polizei, von Rassismus und „Racial Profiling“ war die Rede.

Es kam zu absurden Äußerungen einiger Politiker und Journalisten, die schließlich in der Forderung gipfelten, Polizisten seien Sondermüll und gehörten entsprechend entsorgt.

Wir halten es daher für geboten, „unseren“ Polizeibeamten/Innen in Mittelhessen, vor allem auch in der Stadt und im Kreis Gießen, den Rücken zu stärken bei ihrer wahrlich

schweren und für uns alle wirksamen Tätigkeit. Nicht umsonst wird stets der hohe Standard der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in unserer Region beschworen. Daher bitten wir bitten um die Zustimmung zu unserem Antrag in Form einer Resolution.

Sandra Weegels
Fraktionsvorsitzende